

Nachhaltigkeitsstandards für Lieferanten der Fraunhofer-Gesellschaft

Stand: Juni 2024

1. Allgemeines

- 1.1** Diese Nachhaltigkeitsstandards (NHS) formulieren die Anforderungen an Lieferanten (=gleichlautend Zulieferer Auftragnehmer, Geschäftspartner, Dienstleister etc.) der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), die sie bei ihren geschäftlichen Transaktionen mit der FhG (Leistungsanbahnung bis Auftragsausführung), und im geschäftlichen Umgang mit ihren eigenen Mitarbeitenden, Lieferanten und anderen Interessengruppen einzuhalten haben.
- 1.2** Die in diesen NHS formulierten Anforderungen gelten gegenüber Unternehmen, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Institutionen mit Sondervermögen (§ 310 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch, BGB) und anderen Geschäftspartnern, die an der Erbringung von Liefer- und Dienstleistungen für die FhG beteiligt sind.
- 1.3** Der Lieferant stellt sicher, dass die in den NHS festgelegten menschenrechtsbezogenen, umweltbezogenen und sonstigen (Mindest-)Anforderungen und Pflichten entlang seiner Lieferkette angemessen adressiert werden. Er verpflichtet seine Zulieferer dabei durch geeignete vertragliche Regelungen zur Einhaltung der NHS oder gleichwertiger Nachhaltigkeitsstandards und zur vertraglichen Weitergabe der Vorgaben in der Lieferkette. Der Lieferant stellt dem Zulieferer spätestens bei Vertragsabschluss die NHS oder gleichwertige Nachhaltigkeitsstandards in geeigneter Form zur Verfügung.

2. Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen

- 2.1** Der Lieferant, der im Rahmen des Vertragsverhältnisses mit der FhG tätig ist, hat die nationalen Gesetze und Verordnungen einzuhalten. Sollten sich die nationalen Gesetze und Verordnungen der relevanten Länder widersprechen, so rangieren gesetzliche Normen vor untergesetzlichen Normen. Im Falle sich widersprechenden Rechts auf gleicher Stufe resultiert kein Vertragsbruch aus der Einhaltung einer der Normen und dem daraus resultierenden Verstoß gegen eine andere. Der Lieferant verpflichtet sich, durch sorgfältige Auswahl seiner unmittelbaren und mittelbaren Lieferanten und deren zumutbarer Überwachung darauf hinzuwirken, dass auch durch diese im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis mit der FhG keine Rechtsverstöße begangen werden.
- 2.2** Insbesondere verpflichtet sich der Lieferant zur Einhaltung folgender Gesetze und Verordnungen:
 - (1) Der Lieferant stellt sicher, dass geeignete Maßnahmen zur Korruptionsprävention sowie zur Verhinderung von Beschleunigungszahlungen im Ausland und Zuwendungen an Interessengruppen getroffen werden.
 - (2) Der Lieferant verpflichtet sich ferner, die in den ILO-Kernarbeitsnormen (www.ilo.org) festgelegten Mindeststandards einzuhalten.
 - (3) Der Lieferant verpflichtet sich das Mindestlohngesetz einzuhalten.

3. Menschen- und Arbeitsrechte

- 3.1** Der Lieferant verpflichtet sich zur Wahrung und Achtung der Menschenrechte, wie sie im Global Compact der Vereinten Nationen, der Internationalen Menschenrechtscharta, der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit vom 18. Juni 1998, den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte vom 16. Juni 2011 und dem Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetz vom 01. Januar 2023 (»LkSG«) und den in der Anlage zum LkSG erwähnten Übereinkommen festgelegt sind.
- 3.2** Der Lieferant verpflichtet sich, die nachfolgend genannten menschenrechtsbezogenen Vorgaben einzuhalten und aktiv das Risiko eines Verstoßes gegen eines der folgenden Verbote durch Handlungen und Unterlassungen entlang seiner Lieferkette zu minimieren:
- (1) Verbot der Beschäftigung eines Kindes unter dem Alter, mit dem nach dem Recht des Beschäftigungsortes die Schulpflicht endet, wobei das Beschäftigungsalter 15 Jahre nicht unterschreiten darf.
 - (2) Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit für Kinder unter 18 Jahren (z. B. alle Formen der Sklaverei oder alle sklavereiähnlichen Praktiken, Kinderhandel, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft sowie Zwangs- oder Pflichtarbeit, Vermitteln oder Anbieten eines Kindes zur Prostitution, gesundheitsschädliche Arbeiten).
 - (3) Verbot der Beschäftigung von Personen in Zwangsarbeit; dies umfasst jede Arbeitsleistung oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung von Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat, etwa in Folge von Schuld-knechtschaft, Menschenhandel.
 - (4) Verbot aller Formen der Sklaverei, sklavenähnlicher Praktiken, Leibeigenschaft oder anderer Formen von Herrschaftsausübung oder Unterdrückung im Umfeld der Arbeitsstätte, etwa durch extreme wirtschaftliche oder sexuelle Ausbeutung und Erniedrigungen.
 - (5) Verbot der Missachtung der nach dem Recht des Beschäftigungsortes geltenden Pflichten des Arbeitsschutzes, wenn hierdurch die Gefahr von Unfällen bei der Arbeit oder arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren entstehen.
 - (6) Verbot der Missachtung der Koalitionsfreiheit (bspw. Gründung, Beitritt, Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft).
 - (7) Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung, etwa aufgrund von nationaler und ethnischer Abstammung, sozialer Herkunft, Gesundheitsstatus, Behinderung, sexueller Orientierung, Alter, Geschlecht, politischer Meinung, Religion oder Weltanschauung, sofern diese nicht in den Erfordernissen der Beschäftigung begründet ist. Eine Ungleichbehandlung umfasst insbesondere die Zahlung ungleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit.
 - (8) Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns; der angemessene Lohn ist mindestens der nach dem anwendbaren Recht festgelegte Mindestlohn und bemisst sich ansonsten nach dem Recht des Beschäftigungsortes.
 - (9) Verbot der Herbeiführung einer schädlichen Bodenveränderung, Gewässerverunreinigung, Luftverunreinigung, schädlichen Lärmemission oder eines übermäßigen Wasserverbrauchs.
 - (10) Verbot der widerrechtlichen Zwangsräumung und das Verbot des widerrechtlichen Entzugs von Land, von Wäldern und Gewässern bei dem Erwerb, der Bebauung oder anderweitigen Nutzung von Land, Wäldern und Gewässern, deren Nutzung die Lebensgrundlage einer Person sichert.
 - (11) Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater oder öffentlicher Sicherheitskräfte zum Schutz des unternehmerischen Projekts, wenn aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle seitens des Unternehmens bei dem Einsatz der Sicherheitskräfte z. B. Leib oder Leben verletzt werden.
 - (12) Verbot eines Tuns oder pflichtwidrigen Unterlassens, das unmittelbar geeignet ist, in besonders schwerwiegender Weise eine geschützte Rechtsposition zu beeinträchtigen und dessen Rechtswidrigkeit bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist.

3.3 Der Lieferant verpflichtet sich die menschenrechtsbezogenen Vorgaben entlang seiner Lieferkette angemessen wie folgt zu adressieren:

- (1) Der Lieferant soll wirksame Prozesse sowie systematische und angemessene Sorgfaltsmaßnahmen zum aktiven Schutz der Menschenrechte etablieren mit dem Ziel, potenzielle und tatsächliche negative Auswirkungen auf Menschenrechte innerhalb seiner Lieferkette zu identifizieren, ihnen vorzubeugen, sie zu minimieren und zu beenden.
- (2) Der Lieferant schult seine Mitarbeitenden dahingehend, dass die Einhaltung der Menschenrechte verpflichtend ist. Außerdem soll der Lieferant klare Regelungen und Rahmenbedingungen schaffen, um die Übernahme von sozialer Verantwortung und dem Schutz von Menschenrechten systematisch zu gewährleisten.
- (3) Wird bei dem Lieferanten ein erhöhtes Risiko festgestellt, verpflichtet sich dieser an dem von der FhG festgelegten Präventionsprogramm teilzunehmen, um diese Risiken zu minimieren oder zu vermeiden.
- (4) Wird bei dem Lieferanten ein Verstoß festgestellt, verpflichtet sich dieser an dem von der FhG mit dem Lieferanten gemeinsam erarbeiteten Abhilfemaßnahmenprogramm zur Erlangung der Selbstreinigung teilzunehmen (Siehe dazu Ziffer 6).

4. Umwelt- und Klimaschutz

4.1 Der Lieferant verpflichtet sich zur Wahrung und Achtung grundlegender Umweltstandards und zur Minimierung eines von ihm oder in seiner Lieferkette ausgehenden umweltbezogenen Risikos, wie sie im Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vom 01. Januar 2023 festgelegt sind.

4.2 Der Lieferant verpflichtet sich, die nachfolgend genannten Verbote und Gebote einzuhalten und aktiv das Risiko eines Verstoßes gegen eines der folgenden Verbote und Gebote durch Handlungen und Unterlassungen entlang seiner Lieferkette zu minimieren:

- (1) Verbot der Herstellung von mit Quecksilber versetzten Produkten.
- (2) Verbot der Verwendung von Quecksilber und Quecksilberverbindungen bei Herstellungsprozessen im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 und Anlage B Teil I des

Minamata-Übereinkommens ab dem für die jeweiligen Produkte und Prozesse im Übereinkommen festgelegten Ausstiegsdatum.

- (3) Verbot der Behandlung von Quecksilberabfällen entgegen den Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 3 des Minamata-Übereinkommens.
- (4) Verbot der Produktion und Verwendung von Chemikalien nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a und Anlage A des Stockholmer Übereinkommens vom 23. Mai 2001 über persistente organische Schadstoffe.
- (5) Verbot der nicht umweltgerechten Handhabung, Sammlung, Lagerung und Entsorgung von Abfällen.
- (6) Verbot der Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 und anderer Abfälle im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung.
- (7) Verbot der Ausfuhr gefährlicher Abfälle von in Anlage VII des Basler Übereinkommens aufgeführten Staaten in Staaten, die nicht in Anlage VII aufgeführt sind.
- (8) Verbot der Einfuhr gefährlicher Abfälle und anderer Abfälle aus einer Nichtvertragspartei des Basler Übereinkommens (Artikel 4 Absatz 5 des Basler Übereinkommens).

4.3 Der Lieferant verpflichtet sich, die umweltbezogenen Vorgaben entlang seiner Lieferkette angemessen wie folgt zu adressieren:

- (1) Der Lieferant soll wirksame Prozesse sowie systematische und angemessene Sorgfaltsmaßnahmen zum aktiven Schutz der Umwelt etablieren mit dem Ziel, potenzielle und tatsächliche negative Auswirkungen auf die Umwelt innerhalb seiner Lieferkette zu identifizieren, ihnen vorzubeugen, sie zu minimieren und zu beenden.
- (2) Der Lieferant schult seine Mitarbeitenden dahingehend, dass die Einhaltung der Umweltstandards verpflichtend ist. Außerdem soll der Lieferant klare Regelungen und Rahmenbedingungen schaffen, um den Schutz der Umwelt systematisch zu gewährleisten.

- (3) Wird bei dem Lieferanten ein erhöhtes Risiko festgestellt, verpflichtet sich dieser an dem von der FhG festgelegten Präventionsprogramm teilzunehmen, um diese Risiken zu minimieren oder zu vermeiden.
- (4) Wird bei dem Lieferanten ein Verstoß festgestellt, verpflichtet sich dieser an dem von der FhG mit dem Lieferanten gemeinsam erarbeiteten Abhilfemaßnahmenprogramm zur Erlangung der Selbstreinigung teilzunehmen (Siehe dazu Ziffer 6).

5. Transparenz und Kontrolle

- 5.1** Der Lieferant ist verpflichtet, über die in seinem Unternehmen etablierten Prozesse, Systeme, Regelungen und Maßnahmen zu menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten auskunftsfähig zu sein und, auf Verlangen der FhG, Auskunft darüber zu erteilen.
- 5.2** Die FhG ist berechtigt, die vom Lieferanten etablierten Prozesse zu menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten, einschließlich der von ihm ergriffenen Sorgfaltsmaßnahmen im Zusammenhang mit Menschenrechten und Umweltstandards, sowie die fristgemäße Umsetzung eines Präventionsprogramms oder Abhilfemaßnahmenplans zu den üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten in angemessener Weise risikobasiert zu kontrollieren, zu auditieren oder durch einen von der FhG beauftragten Dritten kontrollieren oder auditieren zu lassen.
- 5.3** Der Lieferant verpflichtet sich, die Nichteinhaltung dieser NHS an die FhG zu melden. Zur Abgabe der Meldung soll das Hinweisgebersystem der FhG genutzt werden.
- 5.4** Der Lieferant gewährleistet den ungehinderten Zugang der bei ihm beschäftigten Mitarbeitenden zum Hinweisgebersystem der FhG. Er unternimmt insbesondere keine Handlungen, die den Zugang zu dem Hinweisgebersystem der FhG versperren oder erschweren oder bei ihm beschäftigte Mitarbeitende aufgrund der Nutzung des Hinweisgebersystems der FhG benachteiligen oder bestrafen.
- 5.5** Der Lieferant soll seine Geschäftspartner, Lieferanten und andere Interessengruppen in relevanten Geschäftsbeziehungen über die Möglichkeit informieren, vermutete Verstöße (anonym und vertraulich) zu melden, indem sie das Hinweisgebersystem der FhG nutzen.

6. Abhilfemaßnahmen beim Verursacher

- 6.1** Wird bei dem Lieferanten ein Verstoß festgestellt, verpflichtet sich dieser an dem von der FhG mit dem Lieferanten gemeinsam erarbeiteten Abhilfemaßnahmenprogramm zur Erlangung der Selbstreinigung teilzunehmen.
 - (1) Der Lieferant verpflichtet sich zur gemeinsamen Erarbeitung und Umsetzung eines Plans zur Behebung des Missstandes.
 - (2) Der Lieferant akzeptiert ein temporäres Aussetzen der Geschäftsbeziehung während der Bemühungen zur Risikominimierung.
- 6.2** Der Lieferant akzeptiert den Abbruch einer Geschäftsbeziehung sofern
 - (1) die Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht als sehr schwerwiegend bewertet wird,
 - (2) die Umsetzung der im Konzept erarbeiteten Maßnahmen nach Ablauf der im Konzept festgelegten Zeit keine Abhilfe bewirkt,
 - (3) der FhG keine anderen milderen Mittel zur Verfügung stehen und eine Erhöhung des Einflussvermögens der FhG nicht aussichtsreich erscheint.

Weiterführende Informationen

 Hinweisgebersystem der Fraunhofer-Gesellschaft (BKMS® System)

***** ENGLISH *****

Sustainability Standards for Suppliers to the Fraunhofer-Gesellschaft Munich

Last updated: June 2024

1. General information

- 1.1** These Sustainability Standards for suppliers (NHS) set out the requirements that Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) suppliers (synonyms = providers, contractors, business partners, service providers, etc.) must observe in their business transactions with the FhG (from the initial phase through to execution of an order) and in their business dealings with their own employees, suppliers and other interested parties.
- 1.2** The requirements set out in these NHS apply to enterprises, legal persons under public law and special-fund institutions under public law (section 310 (1) German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch, BGB)), and to other business partners that are involved in providing goods and services for FhG.
- 1.3** The Supplier shall ensure that the human rights-related, environment-related and other (minimum) requirements and obligations stipulated in the NHS are adequately addressed along their entire supply chain. As part of this, they must impose suitable contractual provisions so that their own providers are obligated to observe the NHS or equivalent sustainability standards and pass the requirements on through the supply chain. The Supplier shall make the NHS or equivalent sustainability standards available to the provider no later than upon conclusion of the contract.

2. Adherence to laws and regulations

- 2.1** The Supplier, who is working with the FhG in the context of the contractual relationship, must adhere to the national laws and regulations. Should the national laws and regulations of the relevant countries conflict with each other, primary legislation takes precedence over secondary legislation. In the event of conflicting legislation at the same level, adherence to one piece of legislation and the resulting infringement of another piece of legislation will not constitute breach of contract. By carefully selecting their direct and indirect providers and monitoring them within reason, the Supplier undertakes to work toward ensuring that these providers do not commit any legal violations in connection with the contractual relationship with the FhG either.
- 2.2** In particular, the Supplier undertakes to adhere to the following laws and regulations:
 - (1) The Supplier shall ensure that suitable corruption prevention measures are implemented along with measures to prevent facilitation payments abroad and inducements for interested parties.
 - (2) The Supplier also undertakes to adhere to the minimum core labor standards of the ILO (www.ilo.org).
 - (3) The Supplier undertakes to adhere to the German Minimum Wage Act (Mindestlohngesetz, MiLoG).

3. Human and labor rights

3.1 The Supplier undertakes to protect and uphold human rights as enshrined in the United Nations Global Compact, the International Charter of Human Rights, the International Labour Organization's Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work of June 18, 1998, the UN Guiding Principles on Business and Human Rights of June 16, 2011, and the German Supply Chain Act of January 1, 2023 (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, LkSG), as well as the conventions referred to in the annex to the LkSG.

3.2 The Supplier undertakes to observe the human rights-related requirements referred to below and to actively minimize the risk of one of the following prohibitions being breached by ensuring actions are taken and refrained from all along their supply chain:

- (1) The prohibition of the employment of a child under the age at which compulsory schooling ends according to the law of the place of employment, provided that the age of employment is not less than 15 years.
- (2) The prohibition of the worst forms of child labor for children under 18 years of age (e.g., all forms of slavery or practices similar to slavery, the sale and trafficking of children, debt bondage and serfdom, as well as forced or compulsory labor, procuring or offering a child for prostitution, work that is harmful to health).
- (3) The prohibition of the employment of persons in forced labor; this includes any work or service that is required of a person under threat of punishment and for which they have not made themselves available voluntarily, for example as a result of debt bondage or trafficking in human beings.
- (4) The prohibition of all forms of slavery, practices similar to slavery, serfdom or other forms of domination or oppression in the workplace, such as extreme economic or sexual exploitation and humiliation
- (5) The prohibition of disregarding the occupational safety and health obligations applicable under the law of the place of employment if this gives rise to the risk of accidents at work or work-related health hazards.
- (6) The prohibition of disregarding the freedom of association (such as the formation, joining, membership of a trade union)

(7) The prohibition of unequal treatment in employment, for example on the grounds of national and ethnic origin, social origin, health status, disability, sexual orientation, age, gender, political opinion, religion or belief, unless this is justified by the requirements of the employment. Unequal treatment includes, in particular, the payment of unequal remuneration for work of equal value.

(8) The prohibition of withholding an adequate living wage; the adequate living wage amounts to at least the minimum wage as laid down by the applicable law and, apart from that, is determined in accordance with the law in force at the place of employment.

(9) The prohibition of causing any harmful soil change, water pollution, air pollution, harmful noise emission or excessive water consumption.

(10) The prohibition of unlawful eviction and the prohibition of unlawful taking of land, forests and waters in the acquisition, development or other use of land, forests and waters, the use of which secures the livelihood of a person.

(11) The prohibition of the hiring or use of private or public security forces for the protection of the enterprise's project if, due to a lack of instruction or control on the part of the enterprise, the use of security forces results in damage to life or limb, for example.

(12) The prohibition of an act or omission in breach of a duty to act that is directly capable of impairing a protected legal position in a particularly serious manner and the unlawfulness of which is obvious upon reasonable assessment of all the circumstances in question.

3.3 The Supplier undertakes to adequately address the human rights-related requirements along their supply chain as follows:

(1) The Supplier shall establish effective processes and systematic and appropriate due diligence measures for actively protecting human rights with the aim of identifying, preventing, minimizing and ending both potential and actual negative impacts on human rights within their supply chain.

(2) The Supplier shall train their employees to understand that the observance of human rights is compulsory. Moreover, the Supplier shall create clear regulations and parameters to systematically ensure the assumption of social responsibility and the protection of human rights.

(3) Should an increased risk be identified in relation to the Supplier, the Supplier undertakes to take part in the prevention program stipulated by the FhG to minimize or prevent these risks.

(4) Should the Supplier be found guilty of a breach, the Supplier undertakes to take part in the program of corrective measures devised jointly by the FhG and the Supplier to get the latter to set their own affairs in order (see Section 6).

4. Environmental and climate protection

4.1 The Supplier undertakes to protect and uphold fundamental environmental standards and to minimize any environment-related risk — as defined in the LkSG of January 1, 2023 — posed by the Supplier themselves or by their supply chain.

4.2 The Supplier undertakes to observe the prohibitions and mandatory steps referred to below and to actively minimize the risk of one of the following prohibitions and mandatory steps being breached by ensuring actions are taken and refrained from all along their supply chain:

(1) The prohibition of the manufacture of mercury-added products.

(2) The prohibition of the use of mercury and mercury compounds in manufacturing processes within the meaning of Article 5 (2) and Annex B Part I of the Minamata Convention from the phase-out date specified in the Convention for the respective products and processes.

(3) The prohibition of the treatment of mercury waste contrary to the provisions of Article 11 (3) of the Minamata Convention.

(4) The prohibition of the production and use of chemicals pursuant to Article 3 (1) (a) and Annex A of the Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants of May 23, 2001.

(5) The prohibition of the handling, collection, storage and disposal of waste in a manner that is not environmentally sound.

(6) The prohibition of exports of hazardous waste within the meaning of Article 1 (1) and other wastes within the meaning of Article 1 (2) of the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal.

(7) The prohibition of the export of hazardous waste from countries listed in Annex VII to the Basel Convention to countries not listed in Annex VII.

(8) The prohibition of the import of hazardous wastes and other wastes from a non-party to the Basel Convention (Article 4 (5) of the Basel Convention).

4.3 The Supplier undertakes to adequately address the environment-related requirements along their supply chain as follows:

(1) The Supplier shall establish effective processes and systematic and appropriate due diligence measures for actively protecting the environment with the aim of identifying, preventing, minimizing and ending both potential and actual negative impacts on the environment within their supply chain.

(2) The Supplier shall train their employees to understand that the observance of environmental standards is compulsory. Moreover, the Supplier shall create clear regulations and parameters to systematically ensure the protection of the environment.

(3) Should an increased risk be identified in relation to the Supplier, the Supplier undertakes to take part in the prevention program stipulated by the FhG to minimize or prevent these risks.

(4) Should the Supplier be found guilty of a breach, the Supplier undertakes to take part in the program of corrective measures devised jointly by the FhG and the Supplier to get the latter to set its own affairs in order (see Section 6).

5. Transparency and checks

- 5.1** The Supplier must be able to provide information about the processes, systems, regulations and measures that have been established within their enterprise in relation to human rights due diligence and ecological due diligence and must provide this information at the request of the FhG.
- 5.2** The FhG is entitled to inspect, audit or have audited by a third party commissioned by FhG the processes established by the Supplier for human rights and environmental due diligence, including the due diligence measures taken by the Supplier in connection with human rights and environmental standards, as well as the timely implementation of a prevention program or corrective action plan during normal operating and business hours in an appropriate risk-based manner.
- 5.3** The Supplier undertakes to report any failure to comply with these NHS to the FhG. The FhG whistleblowing system should be used to submit the report.
- 5.4** The Supplier shall ensure that their employees have unfettered access to the FhG whistleblowing system. In particular, the Supplier shall refrain from any action that blocks or hinders access to the FhG whistleblowing system or that disadvantages or penalizes their employees due to their use of the FhG whistleblowing system.
- 5.5** The Supplier should inform their business partners, suppliers and other stakeholders in relevant business relationships about the possibility of reporting suspected breaches (anonymously and confidentially) by using the FhG whistleblowing system.

6. Corrective measures by the responsible party

- 6.1** Should the Supplier be found to be in breach, the Supplier undertakes to take part in the program of corrective measures devised jointly by FhG and the Supplier to get the latter to set their own affairs in order.
 - (1) The Supplier undertakes to jointly draw up and implement a plan for rectifying the deficiency.
 - (2) The Supplier accepts a temporary suspension of the business relationship while efforts are made to minimize the risk.
- 6.2** The Supplier accepts that a business relationship will be terminated if
 - (1) the violation of a protected legal position or an environment-related obligation is assessed as very serious,
 - (2) the implementation of the measures developed in the concept does not remedy the situation after the time specified in the concept has elapsed,
 - (3) the FhG has no other less severe means at its disposal and there seems to be little prospect of the FhG increasing its ability to exert influence.

For more information:

 [Fraunhofer Whistleblowing System \(BKMS® System\)](#)